

gern sich, die Flüchtlinge zu absorbieren. Dafür werden verschiedene Gründe geltend gemacht: von Jordanien, wo 624 000 Flüchtlinge nur etwas mehr als 1 000 000 Einheimischen gegenüberstehen, die eigene große Armut; von Libanon, in dessen Gebiet sich 138 000 Flüchtlinge neben 1 661 000 Einheimischen befinden, die Verschiebung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen mohammedanischer und christlicher Bevölkerung. Im Gazastreifen dürfte diese Absorption allerdings wirklich schwierig sein, weil die Zahl der Flüchtlinge (258 000) die der Einheimischen (110 000) um mehr als das Doppelte übersteigt. Anders ist das Bild in Syrien, wo nur 117 000 Flüchtlinge einer einheimischen Bevölkerung von mehr als 4 500 000 gegenüberstehen. Im Grunde aber ist es das politische Interesse aller arabischen Staaten, die Flüchtlinge nicht einzugliedern und somit die Wunde des Flüchtlingsproblems als Vorwurf gegen Israel offen zu halten. Immerhin ist es der UNRWA geglückt, die Flüchtlinge unterzubringen. Abgesehen von wenigen sehr primitiven Elendslagern in Libanon, in denen noch heute für je 8 Flüchtlinge nur 8 qm Raum in ehemaligen französischen Kasernen zur Verfügung stehen, gleichen die meisten Lager den in diesen Ländern üblichen ländlichen Siedlungen von Lehmhütten. Gegenüber den einheimischen Nachbardörfern und -städten haben diese Flüchtlingsdörfer und -städte (manche haben eine Einwohnerzahl von über 30 000!) sogar gewisse Vorteile: die geordnete Verwaltung, die Lagerschulen, die geregelte Wasserzufuhr und sonstige materielle Grundversorgung, die ärztliche Betreuung.

Das Hauptproblem liegt vielmehr in der Schwierigkeit des Arbeitseinsatzes der Flüchtlinge. 70 vH der der Fürsorge der UNRWA Anheimgefallenen waren in ihrem Heimatlande Kleinlandwirte, Hirten, ungelernete Arbeiter oder Inhaber kleiner Verkaufsläden; für sie bestand ohnehin wenig Verwendungsmöglichkeit. Heute besteht die Hälfte der über 1 Million registrierten Flüchtlinge aus Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Sie alle haben dank der UNRWA bereits eine Grundschulausbildung erhalten, die auch Anfangskenntnisse in der englischen Sprache einschließt. Ihr Arbeitseinsatz kommt aber nur dann in Frage, wenn sie auch technisch und — was für Völker des Nahen Ostens ungewohnt und schwierig ist — psychisch darauf vorbereitet werden. Diesem Ziel dienen die Berufsschulen der UNRWA, deren Aufbau in modernster Form vor einigen Jahren begonnen wurde. Es ist

interessant zu beobachten, wie hier die Jungen an der Drehbank oder die Mädchen an der Nähmaschine geradezu „entwickelt“ werden. Die UNRWA hofft, bis Ende 1963 in den z. Zt. bestehenden 7 technischen Berufsschulen, 1 Landwirtschaftsschule und 2 Lehrerausbildungsstätten 4 000 Lehrplätze schaffen zu können. Das ist gewiß der richtige Plan, aber leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn der jährliche Nachwuchs an Jugendlichen 30 000 bis 35 000 beträgt! Es wird also trotz aller Bemühungen der UNRWA kaum möglich sein, das Problem des arbeitslosen und infolgedessen radikalen Einflüssen ausgesetzten Jugendlichen allein auf diesem Wege aus der Welt zu schaffen.

Das ist eine beunruhigende Feststellung insbesondere deshalb, weil die ungelöste Frage der Palästinaflüchtlinge eine ständige Quelle politischer Vergiftung ist. Es wurde bereits gesagt, daß die arabischen Staaten eine Liquidierung dieses Gefahrenherdes gar nicht wünschen, sondern sich auf die von Jahr zu Jahr schwieriger zu erfüllende Forderung versteifen, daß die Lösung des Flüchtlingsproblems allein durch Repatriierung oder, für diejenigen, die nicht nach Palästina zurückkehren wollen, durch Entschädigung herbeizuführen sei. Sie berufen sich hierbei darauf, daß auch die UN-Generalversammlung in Entschließung 194 (III) Absatz 11 vom 11. Dezember 1948 dieses Ziel aufgestellt habe. Israel ist heute jedoch nicht mehr bereit, die seit 1948 freiwillig aus dem Lande gegangenen Araber zurückzunehmen. So sind die politischen Standpunkte genauso „eingefroren“ wie die Demarkationslinien der Waffenstillstandsabkommen von 1949. Die Vereinten Nationen haben im Nahen Osten durch die UNTSO, die UNEF und auch die UNRWA Aufgaben übernommen, die der Befriedigung dienen, durch deren Erfüllung der dort nun einmal bestehende Kalte Krieg jedoch nicht beigelegt werden kann. Aber es ist schon viel erreicht, wenn es durch die Einschaltung der Vereinten Nationen *nur* beim Kalten Kriege bleibt. Die besondere Mitwirkung der UNRWA ist eine erzieherische: eine neue Generation zu praktischer Arbeit und zur Befriedigung durch die Arbeit heranzubilden und damit die Heilung nationaler Traumata zu erleichtern.

Anmerkung:

¹ Vgl. hierzu Meissner, Hans Günther, Die Wirtschaft Israels, Köln 1962, S. 13.

Das Jahrzehnt der Vereinten Nationen für Entwicklung

DER BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Am 19. Dezember 1961 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Entschließung¹ an, in welcher sie die Jahre 1960 bis 1970 zum „Jahrzehnt der Vereinten Nationen für Entwicklung“ erklärte und Grundsätze für die Entwicklungspolitik aufstellte. Sie ersuchte den Generalsekretär, dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner XXXIV. Tagung Vorschläge für ein Entwicklungsprogramm zu unterbreiten. Dieser vom Generalsekretär am 22. Mai 1962 vorgelegte Bericht ist die wichtigste einschlägige Diskussions- und Arbeitsgrundlage². Es wird auf ihn noch sehr oft zurückzugreifen sein.

Das Endziel des Entwicklungsjahrzehnts ist die Sicherung einer jährlichen Wachstumsrate des Volkseinkommens um 5 vH. Man geht von einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 2—2,5 vH aus, so daß der Lebensstandard in den Entwicklungsländern in 25 bis 30 Jahren verdoppelt werden könnte.

Aufbauend auf den seit dem Zweiten Weltkrieg auf vielen Gebieten der Entwicklungspolitik gewonnenen Erfahrungen, behandelt der Bericht des Generalsekretärs auf 148 Seiten die Aufgaben der Planung, die Mobilisierung der Arbeitskräfte, die Entwicklungspolitik in den einzelnen großen Wirtschaftszweigen, den Außenhandel, die Entwicklungsfinanzierung und die Technische Hilfe.

Die Entwicklungsplanung

Die Vereinten Nationen werden in verstärktem Maße ihre Technische Hilfe bei der Ausarbeitung der Entwicklungsprogramme der einzelnen Länder zur Verfügung stellen. Diese Hilfe muß bereits bei der volkswirtschaftlichen Bestandsaufnahme und dem Aufbau des Planungsapparats beginnen. In vielen Fällen wird erst hiernach an die Mithilfe bei der Auf-

stellung und Durchführung der Entwicklungspläne gedacht werden können. Im Rahmen des Sekretariats der UN wird das von der Generalversammlung vorgeschlagene Economic Projections and Programming Centre eine gewisse Schlüsselstellung einnehmen. Es soll in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftskommissionen (ECE, ECAFE, ECLA, ECA), mit anderen mit Entwicklungsfragen beschäftigten Stellen der UN und mit den Sonderorganisationen eine langfristige Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung erarbeiten, die dann bei der Aufstellung der nationalen Pläne entsprechend in Rechnung gestellt werden kann. Außerdem wird sich das Planungszentrum um die Entwicklung der Planungsmethoden und um die Bereitstellung geschulter Experten bemühen, wobei ein enger Kontakt mit den Regierungen der Industriestaaten und der Entwicklungsländer notwendig und ins Auge gefaßt ist. Auf diese Weise wird sich das Planungszentrum zu einem Mittelpunkt des Meinungs- und Erfahrungsaustausches und der Koordination entwickeln.

Natürlich werden auch die einschlägigen Sonderorganisationen der UN wertvolle Planungshilfe leisten können. So sollen der von der Weltbank (BANK) eingerichtete Beratungsdienst für Entwicklungsfragen, die im Rahmen der Finanzierungsprogramme durchgeführten Studien und die Bereitstellung von Experten intensiviert werden. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) will zusammen mit den regionalen Wirtschaftskommissionen der UN die Forschung, Ausbildung und Beratung auf dem Gebiet der Beschäftigung, des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik fördern. Dem Einbau der Landwirtschaft in die nationale Planung wird sich die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) widmen. Durch ihre eigenen regionalen Büros, durch Regionaltagungen und in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftskommissionen will die FAO übernationale regionale Planungen anregen und entwickeln. Eine ähnliche Hilfe bei der Planung ist von der Organisation der UN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zu erwarten. Angesichts der großen Vorteile übernationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung kommt den regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen besondere Bedeutung zu, wobei vor allem die Wirtschaftskommissionen für Lateinamerika (ECLA), für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) und für Afrika (ECA) angesprochen sind. Unter ihnen hat die Kommission für Lateinamerika schon die meisten Planungserfahrungen, während sich die ECAFE bisher mehr mit der Ausarbeitung einzelner Vorhaben befaßt hat. Die Planungsarbeit in der Kommission für Afrika steckt noch in den Kinderschuhen, da die Kommission selbst noch nicht lange besteht und der größte Teil ihrer Mitglieder erst mit dem Aufbau einer modernen Verwaltung beginnt. Auf Beschluß der Generalversammlung sollen in enger Anlehnung an die regionalen Wirtschaftskommissionen Institute für wirtschaftliche Entwicklung errichtet werden, und die Industriestaaten sind ersucht, diesen Instituten personelle und finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Koordinierung aller Maßnahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen fällt in den einzelnen Ländern den ständigen Vertretern der UN zu. Die Regierungen sind aufgefordert, genaue Unterlagen über ihre Entwicklungsmaßnahmen und für die von ihnen bereitgestellte Entwicklungshilfe vorzulegen und so die Planung und Koordinierung zu erleichtern.

Die Mobilisierung der Arbeitskräfte

Der Bericht des Generalsekretärs nennt in diesem Zusammenhang drei richtungweisende Aufgaben:

1. Verbesserung des Arbeitserfolges durch produktivere Beschäftigung;
2. Qualitätsverbesserung der Arbeitskräfte durch Berufsausbildung;
3. Unterstützung der Entwicklungsvorhaben durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit und die Beteiligung sozialer Gruppen.

UNESCO, ILO, WHO, das Weltkinderhilfswerk (UNICEF), die FAO, der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Welt-

bank haben hier zusammen mit den regionalen Wirtschaftskommissionen ein weites Betätigungsfeld zugewiesen erhalten. Dabei wird die Harmonisierung der verschiedenen Vorhaben entscheidend für den Gesamterfolg. Es geht darum, das Erziehungswesen auszubauen und gleichzeitig die gesundheitliche Betreuung, die notwendige Ernährung und die der Ausbildung angemessenen Arbeitsplätze zu sichern. Außerdem gilt es, den Zustrom zu den großen Städten mit allen seinen sozialen Nachteilen abzubremsen. Durch Arbeitsbeschaffung auf dem Lande und dadurch, daß die Landwirtschaft produktiver und attraktiver gestaltet wird, soll der Landflucht entgegengearbeitet werden.

Die UNESCO hat sich für das Jahrzehnt folgende Ziele gesetzt:

1. In Afrika sollen 70 vH, in Asien 50 vH und in Lateinamerika alle Kinder entsprechenden Alters in Volksschulen unterrichtet werden, und bis 1980 soll in der ganzen Welt die allgemeine Volksschulpflicht verwirklicht sein.
2. Aus den entsprechenden Altersklassen werden in Afrika 15 vH Mittelschulbildung erhalten, und der Prozentsatz der Hochschulstudenten soll von gegenwärtig 0,2 vH auf 0,4 vH erhöht werden. In Asien werden 50 vH der Volksschüler anschließend eine mittlere oder höhere Schulbildung erhalten, und weitere 20 vH sollen Handels-, Berufs- oder Landwirtschaftsschulen zugeführt werden. Der Anteil der Hochschulstudenten wird 1970 in Asien 3 vH an Stelle von gegenwärtig 2 vH betragen. In Lateinamerika sollen 30 vH der Schüler eine mittlere oder höhere Schule und 3 vH die Universität besuchen.

Aufgabe der Regierungen wird es nun sein, diese Ziele in ihre Planung einzubauen. Die Unterrichtsstätten sollen weiterhin grundsätzlich von den Ländern finanziert werden, während die Vereinten Nationen in verstärktem Maße technische Hilfe bei der Aufstellung der Arbeitsprogramme, bei der Lehrerausbildung, bei der Verbesserung des Schulsystems und der Lehrmethoden, bei der Berufserziehung und bei der Bekämpfung des Analphabetentums leisten werden. Die Universitätsbildung und die Ausbildung der Führungskräfte und Experten sollen nach Möglichkeit im Entwicklungslande selbst oder in dessen Nähe vermittelt werden. Die Expertenausbildung durch die ILO, die Weltbank, den IMF, das Allgemeine Abkommen über Zölle und Handel (GATT) und die anderen Organisationen wird auf Grund der bis jetzt gewonnenen Erfahrungen intensiviert.

Landwirtschaft und natürliche Hilfsquellen

Eines der größten Probleme, dem sich die Welt in Asien, Afrika und in Lateinamerika gegenübergestellt sieht, ist die Bekämpfung des Hungers. Die FAO wird hier den wichtigsten Beitrag leisten müssen. Sie mobilisiert gegenwärtig die Weltöffentlichkeit und bereitet für 1963 den Welternährungskongreß vor. Im April 1962 haben der Wirtschafts- und Sozialrat und die FAO das Welternährungsprogramm angenommen, das für die nächsten drei Jahre die Verteilung von 100 Millionen Dollar in Nahrungsmitteln und Bargeld vorsieht. Der Bericht zählt eingehend die ernährungswirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen auf, die die UN ergreifen wollen.

Die natürlichen Hilfsquellen der Entwicklungsländer müssen wesentlich besser ausgenutzt werden. Hier wird die für 1963 vorgesehene technisch-wissenschaftliche Konferenz der UN für die Entwicklungsländer wertvolle richtungbestimmende Hinweise geben können. In dem Bericht des Generalsekretärs wird u. a. vorgeschlagen:

1. Aufbau des kartographischen Dienstes und Erstellung angemessener Kartenmaterials;
2. Verbesserung der Wasserwirtschaft durch wissenschaftliche Gesamtplanung, Regulierung internationaler Flüsse und Ausbau der kommunalen Wasserversorgung;
3. Mithilfe bei der Erforschung der Bodenschätze und ihrer Vorkommen und Anregung der Zusammenarbeit benachbarter Länder bei der Projizierung und Ausbeutung, wo immer es angebracht ist;

4. Mithilfe beim Aufbau der Energieversorgung durch Feststellung der Energiequellen und des Bedarfs, durch Entwicklungsplanung und durch technische Hilfe bei der Durchführung der Vorhaben.

Industrie, Wohnungsbau, Gesundheits-, Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Geht man davon aus, daß am Ende des Entwicklungsjahrzehnts die Volkseinkommen wie geplant um 5 vH jährlich steigen werden, so ist damit zu rechnen, daß die industrielle Erzeugung in den Entwicklungsländern um 130 vH steigen wird, während sich der industrielle Einfuhrbedarf verdoppelt. Der Bericht sieht daher eine Intensivierung der technischen Hilfe auf folgenden Gebieten vor:

1. Unterstützung bei der Industriepaltung;
2. Ausbau der industriellen Beratungsdienste;
3. Förderung der Klein- und Mittelindustrie durch Bereitstellung von vorbereitetem Industriegelände, durch technische wissenschaftliche Institute und durch Finanzierungshilfe;
4. Förderung der Berufsausbildung durch die ILO.

Der Bericht stellt fest, daß in Afrika, Asien und Lateinamerika über eine Milliarde Menschen ohne ausreichenden Wohnraum ist. Eine wesentliche Verstärkung des Wohnungsbaus ist umso eher möglich, als es sich dabei um arbeitsintensive Vorhaben handelt und in den Entwicklungsländern bereits Arbeitskräfte und Rohmaterial vorhanden sind. Wenn in 30 Jahren die Wohnungsnot behoben sein soll, müssen bis 1970 jährlich 19 bis 24 Millionen Wohnungseinheiten gebaut werden. Allein für die Aufnahme des Bevölkerungszuwachses sind ab 1970 jährlich über 10 Millionen Wohnungen notwendig. Die Vereinten Nationen rechnen mit einem Aufwand von 4 000 DM pro Wohnung in den Städten einschließlich der erforderlichen Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen. Auf dem Lande würde man nur 800 DM pro Wohnung benötigen, da ein größerer Anteil der Selbsthilfe und der Nachbarschaftshilfe erwartet werden kann. Auch auf diesem Gebiet wollen die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen ihre technische Hilfe verstärken.

Die WHO wird den Regierungen der Entwicklungsländer in größerem Umfang als bisher bei der Planung ihrer Gesundheitspolitik zur Seite stehen. Das gilt insbesondere für die Ausbildung von Fachpersonal. Bis 1970 sollen in den Entwicklungsländern für 10 000 Einwohner ein Arzt, zwei Krankenschwestern, zwei medizinisch-technische Assistenten und 10 Arzthelfer zur Verfügung stehen. Auf 15 000 Einwohner soll eine Fachkraft für hygienisch-sanitäre Anlagen und auf 250 000 Einwohner ein Fachingenieur kommen. Das Hauptaugenmerk wird auf die Bekämpfung der Kindersterblichkeit und der ansteckenden Krankheiten, auf die Sicherung einer gesunden Ernährung und die Schaffung ausreichender sanitärer Anlagen gelegt.

Für den Ausbau des Verkehrswesens verwendet die Weltbank bereits ein Drittel ihrer Mittel, und auch die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist auf diesem Gebiet sehr aktiv. Die technische Hilfe der Vereinten Nationen wird auf die Verkehrsplanung und die Ausbildung von Fachleuten für die Luftfahrt, für Hafeneinrichtungen, den Ausbau des Eisenbahnwesens und den Bau internationaler Autostraßen gerichtet werden. Der Internationale Fernmeldeverein (ITU) will bei der Planung der Fernmeldenetze assistieren, während die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) an dem Ausbau der Wetterdienste mitwirkt und wobei die Beteiligung des Erweiterten Programms für Technische Hilfe (EPTA) und des Programms für Führungs- und Verwaltungskräfte (OPEX) zu erwarten ist.

Auch auf dem Gebiet der Massenkommunikationsmittel soll die Entwicklung durch die Entsendung von Sachverständigen, durch Ausbildung von Fachkräften und durch Ausbildungsbeihilfen vorangetrieben werden.

Außenhandel

Der Bericht gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder des GATT die Grundsätze befolgen werden, die ihre Minister im November 1961 in einer Erklärung über die Förderung

des Handels der Entwicklungsländer niedergelegt haben. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen wird sich eingehender um die Koordinierung der Arbeiten der verschiedenen Stellen und um eine Formulierung der grundsätzlichen Politik bemühen. Große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang seit langem die Lösung der Probleme des internationalen Rohstoffmarktes. Interessant ist die von einer Expertengruppe im Sekretariat vorgeschlagene Einrichtung eines Entwicklungsversicherungsfonds (Development Insurance Fund), der zur Stabilisierung der Exporteinnahmen der Entwicklungsländer beitragen soll. Im übrigen wird es hier wie bisher auf den Willen zur Zusammenarbeit der einzelnen Regierungen ankommen, ehe ein besseres Funktionieren der Rohstoffmärkte möglich sein wird.

Entwicklungsfinanzierung

Wenn das von der Generalversammlung für das Entwicklungsjahrzehnt gesetzte Ziel verwirklicht werden soll, müssen die entwickelten Länder 1 vH ihres Volkseinkommens für die Entwicklungshilfe abzugeben. Im Rahmen der Vereinten Nationen wird die Kapitalbeschaffung weiterhin vor allem bei der Weltbank, der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) und der Internationalen Finanzkorporation (IFC) sowie bei dem Internationalen Währungsfonds (IMF) liegen, zumal sich in letzter Zeit die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel vergrößert haben. Auch hier wird der Wirtschafts- und Sozialrat der UN die Aufgabe haben, die Gesamtentwicklung im Auge zu behalten und zu koordinieren. Bei der Vorbereitung der Finanzierung von Investitionen wird mehr noch als bisher die Harmonisierung der Tätigkeit der verschiedenen Stellen vonnöten sein. Ohne sie bereits zu Vorschlägen zu erheben, nennt der Bericht des Generalsekretärs folgende Wege zur verbesserten Kapitalbeschaffung:

1. Ausbau der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA);
2. Vergrößerung des Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung (SUNFED);
3. Errichtung eines Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen;
4. Ad-hoc-Finanzierung auf multilateraler Basis;
5. Schaffung einer afrikanischen Entwicklungsbank;
6. Verstärkte Lieferung von Überschussprodukten in die Entwicklungsländer;
7. Hilfe bei Naturkatastrophen.

Bei der Errichtung der zur Anregung privater Investitionen bestimmten Informationsstellen werden die UN technische Hilfe leisten. Zusammen mit der Weltbank werden sie sich um die Sicherung privater Investitionen gegen politische Risiken bemühen müssen. Das gleiche gilt für die Unterrichtung und Beratung der Entwicklungsländer über die möglichen Kapitalquellen und den Zugang zu ihnen.

Technische Hilfe

Die wissenschaftliche und technische Forschung der Industriestaaten wird sich der besonderen Probleme der Entwicklungsländer verstärkt annehmen müssen. Die Ausnutzung der Sonnenenergie und die Entsalzung des Wassers können als Beispiele angeführt werden. Die UNESCO will ihr besonderes Augenmerk auf die Errichtung von Universitäten und Technischen Hochschulen in den Entwicklungsländern richten und den Regierungen bei der Förderung der Forschung beistehen. Der Bericht macht eine Reihe weiterer Vorschläge für die Verbesserung und Aktivierung der technischen Hilfe. Das gilt besonders auch für das Programm für Führungs- und Verwaltungskräfte (OPEX), das beim Aufbau der Verwaltung, bei der Steuerreform und der Einrichtung der Finanzverwaltung, bei den im Zusammenhang mit Entwicklungsvorhaben entstehenden Haushaltsproblemen und den statistischen Diensten wirksam werden kann.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1 Jahrzehnt der Vereinten Nationen für Entwicklung (I). Ein Programm für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. — Entschließung der Generalversammlung 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961. Deutsche Übersetzung s. S. 157 f. dieser Ausgabe.
- 2 Vgl. hierzu Document E/3613 vom 22. Mai 1962.